



## Über 300.000 Unternehmen starten mit finanziellen Problemen ins Jahr 2024 – mehr Firmeninsolvenzen in 2023

Derzeit haben über 300.000 Unternehmen in Deutschland finanzielle Probleme. Dies zeigt eine aktuelle Auswertung des Informationsdienstleisters CRIF zur Zahlungsfähigkeit und Überschuldung von Firmen in Deutschland.

Für die Analyse hat CRIF knapp 3 Millionen Unternehmen in Deutschland hinsichtlich ihrer Kreditwürdigkeit bzw. Finanzkraft untersucht. Dazu gehören u.a. Angaben in den Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Umsatzzahlen, Zahlungserfahrungen oder gerichtliche Negativmerkmale.

Die Zahl der Unternehmen mit einer schwachen Bonität steigerte sich im November 2023 laut CRIF im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (November 2022) um 1,4 Prozent. Demnach haben derzeit 305.667 Unternehmen bzw. 10,1 Prozent der Firmen in Deutschland ein erhöhtes Insolvenzrisiko. Die Firmeninsolvenzen aus dem Jahr 2023 zählen dabei nicht zu den aktuell insolvenzgefährdeten Unternehmen.

„Die Anzahl der finanzschwachen Unternehmen hat auf einem hohen Niveau noch einmal zugelegt. Die Unternehmen stehen weiterhin vor erheblichen Herausforderungen, darunter vor allem hohe Energiekosten, Lieferkettenprobleme, geopolitische Unsicherheiten und anhaltende Inflation. Die Konsumzurückhaltung der Verbraucher aufgrund erhöhter Kosten hat zu einer Verringerung ihres verfügbaren Einkommens geführt, was sich wiederum negativ auf die Unternehmen auswirkt. Die resultierenden Kaufkraftverluste belasten die Firmen zusätzlich. Die finanzielle Lage vieler Unternehmen wird zudem negativ durch gestiegene Produktionskosten, höhere Personalausgaben und hohe Zinsen beeinflusst. In der Summe führt das Vorhandensein nicht nur einer, sondern mehrerer parallel verlaufender Krisen zu mehr finanzieller Instabilität bei den Unternehmen“, sagt CRIF Deutschland Geschäftsführer Dr. Frank Schlein.

### Anteil insolvenzgefährdeter Unternehmen steigt um 1,4 Prozent

Beim Blick auf die regionale Verteilung der Firmen mit hohem Zahlungsausfall- bzw. Insolvenzrisiko zeigen sich große Unterschiede. In absoluten Zahlen stehen Nordrhein-Westfalen (69.796), Bayern (39.299), Baden-Württemberg (33.402) und Niedersachsen (25.639) an der Spitze der Statistik der Bundesländer mit den meisten finanzschwachen Unternehmen. In Bremen (3.059) und im Saarland (2.889) gibt es absolut vergleichsweise wenig Firmen mit einem erhöhten Zahlungsausfallrisiko.

Bezogen auf die Firmendichte geht die höchste Insolvenzgefahr derzeit von Unternehmen in Sachsen-Anhalt aus. Aktuell sind 16,9 Prozent der Unternehmen dort in einer finanziellen Schieflage und somit von einer drohenden Zahlungsunfähigkeit betroffen. Aber auch in Berlin (14,9 Prozent), Bremen (14,7 Prozent) und in Sachsen (14,1 Prozent) sind deutlich mehr Unternehmen von einer Insolvenz bedroht als im Bundesdurchschnitt. Prozentual betrachtet geht ein geringeres Risiko von Unternehmen in Bayern aus. Hier gelten nur 6,9 Prozent der Unternehmen als finanzschwach.

In sechs Bundesländern ist die Zahl insolvenzgefährdeter Unternehmen seit November 2022 angestiegen. Am stärksten in Nordrhein-Westfalen mit einem Plus von 6,8 Prozent. Mehr insolvenzgefährdete Unternehmen als im Bundesdurchschnitt gab es auch in Bayern (plus 6,0 Prozent), Schleswig-Holstein (plus 2,8 Prozent) und in Sachsen-Anhalt (plus 2,1 Prozent). Den stärksten Rückgang verzeichnet Sachsen-Anhalt mit 6,7 Prozent weniger insolvenzgefährdeter Unternehmen.

Es gibt in der Praxis typische Verhaltensmuster, die frühzeitig auf eine prekäre Situation von Unternehmen hinweisen, etwa wenn eine schlechtere Zahlungsmoral, ein verändertes Bestellverhalten oder eine häufige Änderung in der Geschäftsführung, Bankverbindung oder Firmierung auftreten. Indikatoren sind aber auch, wenn Zahlungen durch ungerechtfertigte Mängelrügen hinausgezögert, mündliche Zusagen gebrochen oder häufig Rechnungskopien angefordert werden. Zudem leisten sich die betroffenen Unternehmen keine Neuanschaffungen mehr und nutzen veraltete Produktionsanlagen. Hinweise auf eine finanzielle Schieflage liefert auch der Verbrauch von Eigenkapital über Jahre hinweg oder die mehrfache Erhöhung der Kreditlinie (Fremdkapitaleinsatz).

### Knapp 17.900 Firmeninsolvenzen prognostiziert

Für das Jahr 2023 geht CRIF von 17.900 Firmeninsolvenzen aus. Das entspricht einem Anstieg von 22,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (2022: 14.578). „Trotz des Anstiegs kann nicht von einer Insolvenzwelle gesprochen werden. Es handelt sich vielmehr um eine Rückkehr zur Normalität im Insolvenzgeschehen, nachdem in den letzten Jahren umfangreiche Unterstützungsprogramme in Milliardenhöhe durchgeführt wurden. Der Großteil der Unternehmen ist weiterhin finanziell gut aufgestellt. Auch wenn die steigende Anzahl an Großinsolvenzen zu weiteren Insolvenzen führen kann. In einigen Fällen werden Dominoeffekte dafür sorgen, dass zahlungsunfähige Firmen zeitversetzt weitere Unternehmen mit in die Insolvenz ziehen“, erklärt Dr. Schlein.

Die Prognose für das Gesamtjahr 2024 liegt derzeit bei bis zu 20.000 Firmeninsolvenzen. Der Durchschnitt seit 1999 beträgt knapp 26.200 Firmeninsolvenzen pro Jahr, wobei im bisherigen Rekordjahr 2003 die Zahl bei 39.320 lag.

Für die Analyse hat CRIF eine Vielzahl von Informationen zur Finanzlage der Unternehmen, die Aufschluss über die Zahlungsfähigkeit geben, ausgewertet. Dazu gehören u. a. Angaben in den Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Mitarbeiter- und Umsatzzahlen oder Zahlungserfahrungen. Außerdem fließen Informationen zu vorhandenen gerichtlichen Negativmerkmalen in die Analyse mit ein. Laut der aktuellen Auswertung gelten im November 2023 305.667 Firmen in Deutschland als finanzschwach (Stichtag: 27. November 2023). Anders ausgedrückt sind circa 10 Prozent der insgesamt über 3 Millionen von CRIF für die Studie auf Zahlungsfähigkeit untersuchten Unternehmen überschuldet und demnach insolvenzgefährdet. Die betroffenen Unternehmen haben einen aktuellen Bonitätsindex im Bereich zwischen 4,5 bis 6,0.

Alle regionalen Zahlen finden Sie hier: **Regionale Insolvenzgefährdung**.



**Impressum**